

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dennis Gladiator, Eckard Graage,
Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker (CDU) und Fraktion**

Betr.: Dauerhaftes Waffenverbot im Hauptbahnhof einführen!

An den Adventswochenenden wurde im Hauptbahnhof ein temporäres Waffenverbot verhängt. Dies bedeutet, dass dort jeweils freitags von 15.00 Uhr bis sonnabends um 7.00 Uhr und sonnabends ab 15.00 Uhr bis sonntags um 7.00 Uhr das Mitführen gefährlicher Werkzeuge, Schreckschusswaffen, Hieb- Stoß- und Stichwaffen sowie Messer aller Art verboten ist; Ausnahmen gibt es lediglich für Mitarbeiter von Wach- oder Geldtransporten oder anderen Personen, die entsprechende Gegenstände aus beruflichen Gründen verwenden. Hintergrund des verhängten Waffenverbots an den Adventswochenenden ist der Umstand, dass die Bundespolizei im Bereich des Hauptbahnhofs eine Zunahme der Kriminalität feststellte und beim Einschreiten immer wieder Messer sicherstellte.

Wie sich aus der Antwort des Senats auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/9504 ergibt, registriert die Polizei im unmittelbaren Bereich des Hauptbahnhofs sowie im Bereich Drob Inn und Umgebung insgesamt steigende Kriminalitätszahlen gegenüber dem Vorjahr, die auch die Betäubungsmittelkriminalität betreffen. Aus diesem Grund stehen diese Bereiche auch verstärkt im polizeilichen Fokus.

Bereits mit unserem Antrag, Drs. 22/9714, haben wir den Senat aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, mit dem die Sicherheit rund um das Drob Inn deutlich erhöht wird, und im Rahmen der Erstellung neben einer besseren Ausleuchtung des August-Bebel-Parks insbesondere die Einrichtung einer (temporären) Videoüberwachung sowie einer Waffenverbotszone zu prüfen. Bedauerlicherweise wurde unser Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Wenn nun aber die Polizei selbst die Notwendigkeit einer Waffenverbotszone am Hauptbahnhof erkennt, ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese auf die Adventszeit beschränkt sein soll. Die Situation am Hauptbahnhof, am ZOB und im August-Bebel-Park ist nach wie vor verheerend – und das nicht nur an Wochenenden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. für den Hauptbahnhof und dessen Umgebung ein Verbot des Führens von Waffen und gefährlichen Gegenständen analog zu den bestehenden Gebieten Reeperbahn und Hansaplatz einzurichten;
2. zu prüfen, ob weitere Waffenverbotszonen in St. Georg, insbesondere im August-Bebel-Park vor dem Drob Inn, eingerichtet werden können;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2023 zu berichten.